Ich frage Sie, Herr Adenauer, in wessen Interesse und in wessen Auftrag fordern Sie die Eingliederung deutscher Truppenkontingente in eine fremde Wehrmacht, die Sie als ‚europäisch' bezeichnen?" Max Reimann erklärte weiter:

„Ich habe Gelegenheit gehabt, mich in den letzten Tagen mit Arbeitern aller Weltanschauungen und politischen Richtungen zu unterhalten. Ich habe mit Bürgern und anderen gesprochen. Sie legten mir die Frage vor: Muß die Bevölkerung Westdeutschlands, nachdem der Bundestag für vier Jahre gewählt ist, auch vier Jahre eine Adenauer-Regierung ertragen? Allgemeine Zustimmung fand ich, als ich erklärte, das deutsche Volk habe am 14. August seine Stimme so abgegeben, weil Dr. Adenauer und Dr. Blücher es wohlweislich vor der Wahl vermieden, dem Volk die Maßnahmen mitzuteilen, die sie gegen die Interessen des Volkes durchführten oder durchzuführen beabsichtigen.

Ich erklärte weiter, das deutsche Volk habe schon einmal einem Kanzler vier Jahre Zeit gegeben, der es in das Verderben eines Krieges führte; daraus müsse das Volk die Lehre ziehen, daß nicht noch einmal ein Kanzler, dessen Politik die Gefahr des Krieges heraufbeschwört, vier Jahre Zeit bekommen dürfe." (Zitiert nach dem amtlichen Protokoll, Bundestag Bonn, 24. Sitzung 1951, S. 737 ff.)

4. Volksbefragung in ganz Deutschland

Verbot der Volksbefragung in Westdeutschland rechtsungültig

Erschreckt durch das Anwachsen des Widerstandes gegen die Vorbereitung des amerikanischen Krieges und die Zustimmung, die die von der Essener Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Deutschlands am 28. Januar 1951 beschlossene Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 bei der Masse der westdeutschen Bevölkerung fand, beschloß die Bonner Separatregierung am 24. April 1951, die Durchführung der Volksbefragung zu verbieten. Dieses Verbot stellt eine schwere Verletzung der Verfassung des Bonner Separatstaates dar.

Der Hauptausschuß für Volksbefragung, dem deutsche Patrioten aus allen Kreisen der Bevölkerung und der verschiedensten Weltanschauungen angehören, legte gegen das Verbot feierlichen Protest ein. In einem Aufruf des Hauptausschusses vom 4. Mai 1951 wird unter Berufung auf die Rechtswidrigkeit des Verbotes festgestellt, daß die Volksbefragung dennoch durchgeführt werden würde:

„Der Aufruf zur Vorbereitung der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951 hat die Zustimmung der breitesten Kreise der Bevölkerung gefunden.

So versammelten sich am 28. Januar 1951 in Essen 1700 Delegierte, so wurde am 14. April 1951 der Hauptausschuß für Volksbefragung geschaffen, dem Repräsentanten aller Schichten der Bevölkerung angehören und dessen Beschlüsse die begeisterte Zustimmung aller Menschen fanden, die ihr Vaterland und den Frieden lieben. In Frankfurt a. M. machte sich eine Konferenz von über 1000 Mitgliedern und Funktionären der Sozialdemokratischen Partei im Namen der Mehrheit aller Sozialdemokraten Westdeutschlands die Forderung nach der Volksbefragung zu eigen. An der Europäischen Arbeiterkon-

ferenz nahmen 400 Vertreter der deutschen Arbeiterschaft aus westdeutschen Betrieben teil. Auf der Bauernkonferenz vom 22. April in Kassel erhoben 730 Bauern und Agrarwissenschaftler namens der ganzen Bauernschaft die Forderung: Wir wollen unsere Äcker im Frieden bestellen. Namhafte Persönlichkeiten des deutschen Geisteslebens erklärten sich auf dem Kulturkongreß in Aßmannshausen im Interesse der Erhaltung der deutschen Kultur für die Volksbefragung. In Rheinland-Pfalz wurden im Verlaufe von nur drei Tagen mehr als 61 000 Unterschriften gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages abgegeben.

Entgegen den Lebensinteressen unseres Volkes haben die ausländischen und inländischen Rüstungsmagnaten und Kriegsinteressenten die Hetze gegen die Volksbefragung entfacht. Aus Furcht vor der Meinungsäußerung des Volkes hat die Regierung Adenauer das Grundgesetz gebrochen und ein Verbot der Volksbefragung erlassen. Wir erklären feierlich, daß ein solcher Beschluß der Bundesregierung keinerlei Gültigkeit besitzt und uns nicht bindet. Denn er basiert auf offenkundigem Rechtsbruch, auf der Vergewaltigung des elementarsten demokratischen Rechts der Bürger der Bundesrepublik, ihre Meinung frei zu äußern ...

Auf unserer Seite steht die überwältigende Mehrheit aller deutschen Menschen,

stehen die Arbeiter, die den friedlichen Aufbau und nicht eine neue Zerstörung ihrer Arbeitsstätten wollen,

stehen die Bauern, deren Felder nur im Frieden Früchte tragen,

stehen die Kaufleute und Unternehmer, für die nur der Friede Handel und Wandel ermöglicht,

stehen die Wissenschaftler, Künstler und Erzieher, deren Schaffen sich nur im Frieden entfalten kann.

Auf unserer Seite stehen die Gläubigen beider Konfessionen, denen die christliche Pflicht obliegt, täglich für die Erhaltung des Friedens zu beten und zu arbeiten.

Auf unserer Seite steht die deutsche Jugend, deren Sehnsucht nicht Verstümmelung und Massengrab, sondern ein Leben in Frieden und Freiheit ist.

Auf unserer Seite stehen die deutschen Mütter und Mädchen, die das Grauen der Bombennächte nicht vergessen können und die wissen, daß Remilitarisierung und Krieg all ihre Hoffnungen auf Familie und Glück sinnlos zerstört.

Auf unserer Seite stehen die ehrlichen alten Soldaten und Offiziere, die die Sinnlosigkeit eines neuen Krieges erkannt haben.

Auf unserer Seite steht das Recht und das Gesetz.

Aus all diesen Gründen erklären wir feierlich: Die Volksbefragung wird durchgeführt! Kein Rechts- und Verfassungsbruch kann sie aufhalten ...

Wer sich nicht an der Volksbefragung beteiligt, macht sich mitschuldig an allen Folgen der Remilitarisierung.

Die Volksbefragung ist die Entscheidung über Leben und Tod."

Zwanzigmal Volksbefragung: ein Ergebnis

Trotz des Verbots und des wütenden Polizeiterrors wird die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951 in allen Teilen Westdeutschlands fortgeführt. Das Ergebnis: 70 v. H., 80 v. H., zumeist sogar 90 v. H. der Befragten und mehr sprechen sich gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951 aus. Einige Menschen — durch Verbote und Terrormaßnahmen eingeschüchtert — enthalten sich der Stimme, und nur eine verschwindend geringe Minderzahl ist für eine Remilitarisierung Deutschlands.

Die Tatsache, daß wegen der verfassungswidrigen Verbote und Verfolgungen das Volksbegehren nicht überall in voller Öffentlichkeit und in aller Ruhe durchgeführt werden kann, wird von den amerikanischen Imperialisten und ihren deutschen Handlangern dazu benutzt, um die erzielten und veröffentlichten Ergebnisse anzuzweifeln. Diese Zweifel sind schnell auszuräumen.

Von Ende 1948 bis jetzt haben in Westdeutschland Zeitungen und Zeitschriften aller politischen Schattierungen sowie Institutionen der Meinungsermittlung Befragungen der Bevölkerung Westdeutschlands über ihre Einstellung zur Remilitarisierung Deutschlands durchgeführt. Die Ergebnisse von uns bekanntgewordenen 10 privaten Volksbefragungen sollen mit den Ergebnissen von 10 beliebigen Volksbefragungsaktionen in Westdeutschland verglichen werden, die im Verlaufe der letzten Monate von den Volksbefragungsausschüssen durchgeführt wurden.

Private Befragung ergibt: überwältigende Mehrheit gegen Remilitarisierung!

1. Die „Bremer Nachrichten" veranstalteten im November 1949 eine Umfrage über die Wiederbewaffnung Deutschlands. In 75 v. H. der Antworten wurde die Wiederbewaffnung Deutschlands entschieden abgelehnt.

2. Das sich mit der sogenannten Meinungsanalyse befassende Institut Emnid, Bielefeld, stellt im Januar 1950 die Frage: „Würden Sie es für richtig halten, wieder Soldat zu werden oder daß Ihr Sohn oder Ihr Mann wieder Soldat werden würde?" — 74,6 v. H. der Antworten lauteten: „Nein!"

3. Die Zeitschrift „Mann in der Zeit", Fulda, die im Auftrag der deutschen katholischen Bischöfe erscheint, stellte im Januar 1950 den Militärdienst zur Diskussion. — In 90,7 v. H. der Zuschriften wurde jeder Wehrdienst abgelehnt.

4. Die Erziehungsabteilung des amerikanischen Landeskommissariats für Bayern ließ im Mai 1950 an 560 Studenten der Universitäten München und Erlangen, von denen 70 v. H. ehemalige Wehrmachtsangehörige sind, die Frage richten: „Angenommen, Deutschland hätte wieder eine Wehrmacht — würden Sie dann Soldat sein wollen?" „Nein!" antworteten in Erlangen 91 v. H., in München 96 v. H. der Studenten.

5. Der „Reutlinger Generalanzeiger" fragte im August 1950 seine Leser: „Willst Du wieder eine Wehrmacht?" Die Frage wurde von 91,3 v. H. der Umfrageteilnehmer verneint.

6. Die illustrierte Wochenschrift „7 Tage" (Konstanz) erhielt auf ihre im September 1950 gestellten Fragen „Wünschen Sie eine Wiederaufrüstung Deutschlands?" und „Sind Sie selbst bereit, wieder Militärdienst zu tun?" 16 000 Antworten. Davon verneinten die erste Frage 73 v. H., die zweite 85 v. H.

7. Im Oktober 1950 stellte die Zeitschrift „Befreiung" (Essen), das Organ der katholischen Arbeiterjugend CAJ, Wiederbewaffnung und Kriegsdienstverweigerung zur Diskussion. 71 v. H. der Befragten verwarfen entschieden den Gedanken einer Wiederbewaffnung.

8. Zur gleichen Zeit befragte die „Frankenpost" (Hof a. d. S.) ihre Leser nach ihrer Meinung. — 89 v. H. der Zuschriften lehnten die Wiederbewaffnung vorbehaltlos ab.

9. Bei einer Befragung von Göttinger Studenten, über die „Die Welt", Hamburg, am 3. 12. 1950 berichtet, sprachen sich 69 v. H. der Studenten gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands aus.

10. Eine Umfrage veranstaltete „Die Tat" in Frankfurt a. M. am 25. November 1950 mit dem Thema: „Soll man sich an einen Tisch setzen oder soll man sich die Köpfe einschlagen?"

Vier konkrete Fragen waren gestellt:
1. Sollen die Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Sowjetunion gemeinsam erklären, daß sie die Remilitarisierung Deutschlands ablehnen und die in Potsdam beschlossene Bildung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen deutschen Staates fördern? Ja — Nein.
2. Sind Sie für Aufhebung aller Beschränkungen der deutschen Friedenswirtschaft? Ja — Nein.

3. Sind Sie für einen unverzüglichen Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und für den Abzug der Besatzungstruppen in Jahresfrist nach Abschluß des Friedensvertrages? Ja — Nein.

4. Würden Sie es begrüßen, wenn Vertreter aus Ost- und Westdeutschland sich in Form eines „Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates" an einen Tisch setzen, um die Bildung eines einheitlichen und friedliebenden Deutschlands vorzubereiten und Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages zu machen? Ja — Nein.

Am 6. Januar 1951 veröffentlichte „Die Tat" das Ergebnis von 4756 Einsendungen. Es beantworteten 4702 alle Fragen mit „Ja", 28 Einsendungen waren ungültig, 26 Einsendungen beantworteten die eine oder die andere Frage mit „Nein", 30 v. H. der Antworten kamen von Frauen, die alle Fragen mit „Ja" beantworteten.

In München wie in Berlin: Remilitarisierung wird abgelehnt!

1. In der „Waggonfabrik Uerdingen AG" in Uerdingen fand im April 1951 unter Leitung eines 21köpfigen Ausschusses eine Abstimmung über die Frage statt: „Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag mit Deutschland im Jahre 1951?" — Von 817 Werksangehörigen antworteten 627 oder 76,6 v. H. mit „Ja". Die Auszählung wurde öffentlich durchgeführt.

2. Am 24. Juni 1951 wurde in Hanau von 400 Abstimmungshelfern eine große Volksbefragungsaktion durchgeführt. Von insgesamt 18 000 befragten Bürgern der Stadt wurden 16 000 befragt. Gegen die Remilitarisierung Deutschlands stimmten 87 v. H.

3. Im Juni 1951 wurde in Erlangen unter den Studenten im Rahmen des „Forum politicum" die Volksbefragung durchgeführt: 88,6 v. H. stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

4. Vor den Toren der Badischen Anilin- und Sodawerke in Ludwigshafen führten 80 freiwillige Wahlhelfer im Juli 1951 eine Volksbefragung durch. Trotz des Polizeiterrors wurden 3607 Arbeiter befragt. 93,43 v. H. von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

5. In München hatten bis Ende Juni 1951 von 36 115 Befragten 33 373 gegen die Remilitarisierung und nur 987 für die Remilitarisierung gestimmt. 1755 Befragte enthielten sich der Stimme.

6. In Württemberg-Baden wurden am 9. und 10. Juli 13 272 Personen befragt. 94,6 v. H. von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands und nur 262 dafür. 430 Personen enthielten sich der Stimme.

7. Bis Anfang Juli hatten sich in Fürth 29 168 Einwohner an der Volksbefragung beteiligt. Von ihnen stimmten 26 595 gegen die Remilitarisierung Deutschlands. Damit hatten sich bis Anfang Juli von den insgesamt 54 000 wahlberechtigten Einwohnern der Stadt Fürth 54 v. H. an der Volksbefragung beteiligt.

8. 400 Bergarbeiter der Mittagsschicht und weitere 300 der Morgenschicht stimmten auf der Schachtanlage „Hugo Ost" in Gelsenkirchen gegen die Remilitarisierung. Kein einziger Bergarbeiter stimmte für die Remilitarisierung. Nicht einer enthielt sich der Stimme.

9. Von 662 befragten Bewohnern der Bochumer Straße in Wanne-Eickel stimmten 638 gegen die Remilitarisierung Deutschlands.

10. Bis zum 11. Juli 1951 waren in West-Berlin 219 433 Bürger über ihre Einstellung zur Remilitarisierung Deutschlands befragt worden. 87,1 v. H. von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für einen Friedensvertrag noch im Jahre 1951. Bei den Abstimmungen in den Betrieben ergaben sich 90,9 v. H. der Stimmen gegen die Remilitarisierung.

Bei der Volksbefragung in den westdeutschen Fabriken entscheiden fast stets 90 v. H. und mehr der Werktätigen gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages im Jahre 1951. Im folgenden nur noch einige Beispiele aus dem Monat Juli 1951:

Schachtanlagen Saargebiet: Befragte 2570, gegen Remilitarisierung 2456, Stimmenthaltungen 99, für Remilitarisierung 15;

Frankfurt, Eisenbahnausbesserungswerk: Befragte 428, gegen Remilitarisierung 392, Stimmenthaltungen 31, für Remilitarisierung 5;

Schachtanlagen Fürst Leopold und Baldur: Befragte 2174, gegen Remilitarisierung 2129, Stimmenthaltungen 45, für Remilitarisierung keine;

Chemiewerk Hüls: Befragte 4020, gegen Remilitarisierung 3770, Stimmenthaltungen 217, für Remilitarisierung 33;

Kieler Howald-Werft: Befragte 1673, gegen Remilitarisierung 1594, Stimmenthaltungen 51, für Remilitarisierung 28;

Wieland-Werk, Vöhring/Oberbayern: Befragte 1354, gegen Remilitarisierung 1266, Stimmenthaltungen 80, für Remilitarisierung 8.

Ähnliche Resultate ergaben sich in zahllosen weiteren Betrieben Westdeutschlands. Abschließend soll nur noch ein besonders interessantes Ergebnis einer Volksbefragungsaktion angeführt werden, die unter den Zuschauern bei einem Motorradrennen bei Ingolstadt im Juli 1951 durchgeführt wurde.

Befragt wurden insgesamt 9837 Zuschauer des Rennens. Von ihnen stimmten gegen die Remilitarisierung 9538. Niemand enthielt sich der Stimme. 288 stimmten für die Remilitarisierung. Die restlichen Stimmzettel konnten nicht festgestellt werden, da sie von der eingreifenden Polizei beschlagnahmt wurden.

Wir sehen, ob private Befragung, ob Befragung im Zuge der Volksbefragungsaktion, das Ergebnis ist immer: 70, 80, 90 v. H. und mehr aller Deutschen sind entschieden gegen jede Remilitarisierung Deutschlands.

Die Wiedererrichtung des deutschen Militarismus durch die amerikanischen und deutschen Imperialisten erfolgt also gegen den erklärten Willen der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes. Die amerikanischen Imperialisten und Kriegstreiber und ihre deutschen Juniorpartner verfügen in Westdeutschland nur über eine Handvoll gekaufter deutscher Marionetten. Das deutsche Volk lehnt sie und ihre Kriegspolitik ab.

Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik

Am 25. April 1951 wandte sich der in Westdeutschland gebildete Hauptausschuß für Volksbefragung an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik mit folgendem Antrag:

„Düsseldorf, den 25. April 1951

An die
Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Ministerpräsident Otto Grotewohl
Berlin W 8
Regierungskanzlei

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Am 28. Januar dieses Jahres haben 1700 Delegierte der Essener ‚Tagung gegen Remilitarisierung und Wiederaufrüstung Deutschlands' beschlossen, bei Bundeskanzler Dr. Adenauer die Durchführung einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 zu beantragen. Da die Regierung Adenauer diesem Ansuchen nicht stattgegeben hat, wendete sich der am 14. April in Essen konstituierte Hauptausschuß für Volksbefragung unmittelbar an die Bevölkerung der Bundesrepublik mit der Aufforderung, über folgende Fragen abzustimmen:

Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?

Inzwischen hat am 24. April die Regierung Adenauer wider Recht und Gesetz die Durchführung der Volksbefragung verboten.

Der Hauptausschuß hat aus allen Kreisen der Bevölkerung Anregungen und Vorschläge erhalten, seine Initiative nicht auf Westdeutschland zu beschränken und die Volksbefragung nicht nur in der Bundesrepublik durchzuführen, sondern zu veranlassen, daß auch die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik Gelegenheit erhalten, sich zu dieser für Deutschland und unser gesamtes deutsches Volk entscheidenden Schicksalsfrage in einer freien und unbehinderten Befragung zu äußern. Entsprechend diesen Vorschlägen wenden wir uns hiermit an Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, mit der Bitte, der Regierung und der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik unsere Anregung vorzulegen und eine Volksbefragung über die Remilitarisierung Deutschlands und den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951 im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik herbeiführen zu lassen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung!

Für den Hauptausschuß für Volksbefragung

E. Hoerath-Menge Karl Hentschel

Hellmuth v. Mücke Johannes Oberhof."

Am 4. Mai 1951 beschloß die Regierung, diesem Antrag zu entsprechen, und die Volkskammer stimmte am 9. Mai einstimmig dem Regierungsvorschlag zu, die Volksbefragung vom 3. bis 5. Juni 1951 durchzuführen. In der Begründung des Regierungsbeschlusses erklärte der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht in seiner Rede vor der Volkskammer unter anderem:

„Wir sind für die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik, weil wir gegen die Remilitarisierung in ganz Deutschland sind. Wir sind für die Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik, um zum Ausdruck zu bringen, daß sich die friedliebende Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik untrennbar mit den Friedenskräften in Westdeutschland und in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, brüderlich verbunden fühlt...

Die Volksbefragung ist zu einer Lebensfrage für unser ganzes Volk geworden, weil in Westdeutschland entgegen dem Willen des deutschen Volkes die Adenauer-Clique mit General Eisenhower und McCloy Vereinbarungen getroffen hat, die gegen den Frieden und gegen die Existenz der deutschen Nation gerichtet sind. Während Truman und Eisenhower die Rassenhetze und die wahnsinnigen Welteroberungspläne Hitlers übernommen haben, hat Adenauer die Revanchepolitik der Hugenberg—Papen—Hitler übernommen. Das ist der Weg zu einem dritten Weltkrieg. Die Volksbefragung ist zur vordringlichsten Aufgabe des ganzen Volkes geworden."

„...Es gibt westdeutsche Bürger, die sagen, Volksabstimmung für einen

Friedensvertrag mit Deutschland sei ganz gut, aber die Sowjetunion stecke doch bestimmt dahinter. Vom sachlichen Standpunkt betrachtet, wären die Friedenskräfte in Deutschland froh, wenn recht viele Staaten hinter der Forderung des deutschen Volkes auf Abschluß eines Friedensvertrages stecken würden. Zum Beispiel würde es jeder begrüßen, wenn sich auch England und die USA für den Abschluß eines Friedensvertrages der Großmächte mit Deutschland einsetzen würden. Der einzige reale Maßstab des Verhältnisses der friedliebenden Deutschen zu den einzelnen Großmächten kann doch nur deren Stellungnahme zum Friedensvertrag mit Deutschland und dem darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen sein. Die Sowjetunion jedenfalls hat bewiesen, daß sie eine konsequente Haltung in dieser Frage vertritt...

Mögen manche Bürger bei uns gegen den Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion noch so viele Vorbehalte haben, eines kann niemand bestreiten, eines muß jeder friedliebende Bürger mit Hochachtung anerkennen: das konsequente Auftreten der Vertreter der Sowjetunion auf allen internationalen Konferenzen für eine friedliche Lösung des Problems der Einheit Deutschlands und für die Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden und demokratischen deutschen Staates. Auf der Pariser Vorkonferenz der Stellvertretenden Außenminister hat der Vertreter der UdSSR, G r o m y k o , wiederum ‚die Beschleunigung des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland und den darauffolgenden Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland' gefordert. Eine feste Richtschnur für diese Friedenspolitik sind die Worte Generalissimus S t a l i n s in seinem an Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl anläßlich der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik gerichteten historischen Telegramm:

‚Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben dem Bestehen der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, dem Blutvergießen in Europa ein Ende macht und die Knechtung der europäischen Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.'

Die Sowjetunion ist der einzige europäische Staat, der seit seiner Gründung niemals eine Handlung beging, die gegen die nationalen Interessen des deutschen Volkes gerichtet gewesen wäre...

Die Freundschaft mit der Sowjetunion muß zur Sache aller patriotischen Deutschen werden!"

Der Stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht schloß seine Rede mit den aufrüttelnden Worten:

„Die Stunde der Verantwortung des deutschen Volkes ist gekommen.

Jeder Deutsche, der von ganzem Herzen will, daß nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint, der stimme mit Ja!

Möge das deutsche Volk den Frieden bis zum Äußersten verteidigen!"

In einer Rundfunkansprache, mit der sich der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, am 15. Mai 1951 an das deutsche Volk wandte, heißt es unter anderem:

„... Es gilt, unser Vaterland vor den grauenhaften Verbrechen zu bewahren, die die amerikanischen Kriegstreiber in Korea begehen, wo sie ein ganzes Land zur verbrannten Erde machen. Vor der großen nationalen Aufgabe der Verhinderung des Krieges und der Rettung unseres Vaterlandes treten alle politischen und religiösen Meinungsverschiedenheiten in den Hintergrund. Jeder möge sich bewußt sein, es geht um sein eigenes Leben, um das Leben von Frau und Kind, es geht um unsere Heimat, um die Zukunft der deutschen Nation. Von diesem Bewußtsein erfüllt, muß jeder seine ganze Kraft einsetzen, um die Volksbefragung zu einer einmütigen und machtvollen Willenskundgebung für die freie und friedliche Zukunft eines geeinten deutschen Vaterlandes zu machen."

In wie hohem Maße sich die Volkskammer, der Präsident und die Vertreter der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, die Parteien und Massenorganisationen mit der Friedenssehnsucht und dem Friedenswillen aller Schichten des deutschen Volkes im Einklang befinden, beweist das Ergebnis der Volksbefragung in der Deutschen Demokratischen Republik und im demokratischen Sektor von Groß-Berlin. Das deutsche Volk hat sich hier der Größe der Verantwortung gewachsen gezeigt.

Von den 12 750 799 Abstimmungsberechtigten in der Deutschen Demokratischen Republik beteiligten sich 12 690 914 an der Volksbefragung. 12 153 352 von ihnen (das sind 95,93 v. H. der gültigen Stimmen) stimmten gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag. Ähnlich war das Ergebnis der Volksbefragung im demokratischen Sektor von Groß-Berlin.

Diese Volksbefragung erbrachte den Beweis, daß das deutsche Volk dort, wo es seine Stimme frei erheben kann, mit überwältigender Mehrheit die Remilitarisierung und den Krieg ablehnt.

Die amerikanischen Imperialisten und die Separatregierung Adenauer haben die Volksbefragung in Westdeutschland und West-Berlin verboten, und sie verfolgen die Friedensfreunde mit Terror, weil sie wissen, daß sich auch in Westdeutschland und West-Berlin bei freier Abstimmung dasselbe überwältigende Ergebnis wie in der Deutschen Demokratischen Republik herausstellen würde.

5. Ein empfindlicher Schlag

Die Ablehnung der Remilitarisierung Westdeutschlands durch die große Mehrheit der Bevölkerung und vor allem der bis zu konkreten Aktionen vorgeschrittene organisierte Widerstand gegen Remilitarisierung und Vorbereitung des geplanten amerikanischen Krieges hat die amerikanischen Kriegstreiber in beträchtliche Verwirrung versetzt. Adenauer und seine militärischen Ratgeber versichern zwar McCloy und Eisenhower, der Widerstand des deutschen Volkes werde überwunden. Habe man es erst einmal in die Zwangsjacke des bewährten preußisch-deutschen Kasernenhofdrills gepreßt, so würden ihm alle selbständigen Gedanken sehr schnell